
UNTERLAGE ZUR PRESSEKONFERENZ

Montag, 04.01.2020, 11 UHR

PRESSEZENTRUM, ALTES RATHAUS, HAUPTPLATZ 1, 4041 LINZ

Markus Hein

Infrastrukturreferent und Vizebürgermeister

und

Philipp Schrangl

Nationalratsabgeordneter

informieren zu:

Islamisten und Linksextreme direkt unter uns?

**Anfrage im Nationalrat zu islamistischen Gefährdern und linksextremen
Terrorunterstützern in der oberösterreichischen Landeshauptstadt**

Der fürchterliche terroristische Anschlag in Wien hat gezeigt, dass islamistische Gefährder direkt unter uns leben. Wo sich diese potentiellen Terroristen genau befinden, wie sie radikalisiert wurden und mit wem sie in Kontakt stehen, ist allerdings nach wie vor unklar. Auch zu militanten Linksterroristen ist in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt. Nicht nur im Innenministerium werden dazu Daten gesammelt, auch die Warnungen ausländischer Geheimdienste liefern immer wieder wertvolle Hinweise. Für die politischen Verantwortlichen vor Ort sind diese Daten aber bisher nicht verfügbar.

„Wären die vorhandenen geheimdienstlichen Informationen richtig gedeutet und nicht im BVT-Chaos von Innenminister Karl Nehammer untergegangen, hätte die Möglichkeit bestanden, den islamistischen Terroranschlag in Wien zu verhindern. Wie man Informationen mit derartiger Brisanz so sträflich vernachlässigen und verschleppen kann, ist für mich unbegreiflich. So etwas darf zukünftig nicht mehr passieren – auch in unserer Heimatstadt muss hier entsprechend vorgesorgt werden. Islamismus aber auch linksextreme Terrorunterstützer haben in Linz keinen Platz“, erklärt der freiheitliche Vizebürgermeister Markus Hein.

Gemeinsam mit den Linzer Nationalratsabgeordneten Philipp Schrangl und Susanne Fürst wird deshalb eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister Karl Nehammer eingebracht, mittels derer das Augenmerk auch auf islamistische Gefährder in Linz gelenkt werden soll.

„Um effizient gegen diese Umtriebe vorgehen zu können, bedarf es zuerst einer umfänglichen Analyse des vorhandenen Datenmaterials. Solange wir im Ungewissen sind, hat der radikale Islam ein leichtes Spiel. Anstatt jetzt unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung den Überwachungsstaat noch weiter auszubauen und zukünftig systematisch alle Nachrichtenservices wie WhatsApp, Signal etc. zu überwachen, würde es ausreichen, jene Erkenntnisse besser zu beachten, die bereits existieren. Zudem müssen ausländische Gefährder beim kleinsten Terrorverdacht ohne langwierige Bürokratie abgeschoben werden können“, erklärt NAbg Schrangl.

Muslime und Moscheen in Linz

Der genaue Anteil an Muslimen in Linz ist nicht bekannt. Offizielle Zahlen dazu wurden zuletzt 2001 erhoben, wobei seither – insbesondere durch die starke Migrationsbewegung aus dem arabischen Raum – mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen ist. Offiziell stehen für Muslime vier Moscheen auf dem Linzer

Stadtgebiet zur Verfügung, deren genaue inhaltliche Ausrichtung aber im Dunkeln liegt.

Um Licht in diese Dunkelheit zu bringen, beantragte die freiheitliche Gemeinderatsfraktion bereits im September die Erstellung einer „Moscheenstudie“ nach Grazer Vorbild. Es soll dadurch aufgezeigt werden, in welchen Gebetshäusern eine mögliche islamistische Radikalisierung erfolgt. Die Linzerinnen und Linzer haben ein Recht darauf zu erfahren, was hinter verschlossenen Türen in fremden Sprachen tatsächlich gepredigt wird.

Darüber hinaus muss geklärt werden, ob in Linzer Moscheen potentielle Terroristen ein- und ausgehen. Hier können Ermittlungsergebnisse des BVT und LVT OÖ entsprechende Hinweise enthalten. Auch kann in diesem Zusammenhang geklärt werden, ob es in Linzer Moscheen Treffen von Gefährdern aus europäischen Nachbarstaaten gegeben hat. Die zuständigen Stellen müssen auch hierzu Rede und Antwort stehen.

Finanzielle Netzwerke des radikalen Islam

Ein weiterer wichtiger Punkt, der durch die freiheitliche Anfrage zu klären ist, betrifft die finanziellen Netzwerke des radikalen Islam in Linz. Bei einer kürzlich durchgeführten Razzia gegen die Muslimbruderschaft wurden Medienberichten zu Folge österreichweit 25 Mio. Euro an Bargeld beschlagnahmt. Die Ermittlungen in diesem Zusammenhang gehen laut Grazer Staatsanwaltschaft vom Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung bzw. kriminellen Organisation, Terrorismusfinanzierung, staatsfeindlicher Verbindungen sowie Geldwäsche aus. Doch woher kommt dieses Geld?

Auch für Linz ist interessant, welche Organisationen von diesen Vorwürfen betroffen sind und ob es hier finanzielle Querverbindungen zu örtlichen Strukturen gibt. Jedenfalls muss verhindert werden, dass Einzelpersonen oder Gruppen aus diesem Dunstkreis von Landes- oder Stadtseite Förderungen erhalten oder ihnen städtische Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Potentiellen Terroristen den Nährboden zu entziehen, bedeutet auch, dass ihr Umfeld weder direkt noch indirekt mit öffentlichen oder halböffentlichen Mitteln subventioniert werden darf. Die finanziellen Netzwerke des radikalen Islam müssen so nachhaltig zerschlagen werden.

Verknüpfung mit anderen politischen Gruppen oder Parteien

Zur Abwehr islamistischer Netzwerke ist überdies die schonungslose Aufdeckung ihrer Querverbindungen zu anderen politischen Gruppen oder Parteien notwendig. Dies gilt sowohl für andere extremistische Gruppen (z.B. Linksextremisten) aber im Besonderen auch für scheinbar harmlose politische Gruppen und Parteien. Oft operieren potentielle Terrorzellen im Windschatten scheinbar legaler Organisationen und nutzen ihre Strukturen oder finanziellen Ressourcen. Sollte diese Mimikry auch von islamistischen Gefährdern genutzt werden, muss hier volle Transparenz hergestellt werden. Das BVT und die Landesämter für Verfassungsschutz haben in diesem Zusammenhang ihre Ermittlungsergebnisse offenzulegen, um hier ein entsprechendes Problembewusstsein zu schaffen.

Importierten Linksextremismus aktiv unter Beobachtung stellen

Zudem sind neben Islamisten auch mutmaßliche Tarnorganisationen des türkischen Linksterrorismus in Linz aktiv. Etwa im Bündnis „Linz gegen rechts“ sammeln sich Organisationen, die mutmaßlich der türkischen Terrororganisation TKP ML nahestehen sollen. Erst im Sommer 2020 wurden Sympathisanten der TKP ML in München als Unterstützer einer ausländischen, terroristischen Vereinigung verurteilt. Auch in Österreich müssen diese Netzwerke schonungslos aufgedeckt werden.

„Fakt ist, dass vom Islamismus derzeit in Österreich die stärkste Terrorgefahr ausgeht. Genau hier ist daher auch der klare Schwerpunkt in der Ermittlungsarbeit von BVT und LVT zu setzen. Darüber hinaus dürfen aber auch linksextreme türkische Terrorunterstützer nicht unter den Tisch fallen“, erklären Vbgm Hein und NAbg Schrangl und führen abschließend aus: „Der religiöse und politische Terror wurde im Zuge der Masseneinwanderung importiert. In Österreich werden wir diese Phänomene nur durch die konsequente Abschiebung von Islamisten und ausländischen Terrorunterstützern auch wieder nachhaltig beseitigen können.“

